Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 295. **Freitag, 19. Dezember 1930, abends.** **83. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zum Tode Ulrich Rauschers.

Gesandter Rauscher

Es ist keine zehn Tage her, daß in der Pressekonferenz der Reichsregierung unter allgemeiner Bewegung mitgeteilt wurde: Ulrich Rauscher, der deutsche Gesandte in Warschau, weilt als schwerkranker Mann, mit einer vorgeschrittenen Kehlkopf- und Lungentuberkulose in St. Blasien. Die Pessimisten, die damals schon das Schlimmste befürchteten, haben Recht behalten. Der Tod hat diesem erst 46 Jahre alten Mann die Feder aus der Hand genommen und die große Laufbahn dieses viel angefeindeten, aber zweifellos hochbegabten deutschen Diplomaten zerschlagen.

Das Schicksal Rauschers erinnert unwillkürlich an das seines Freundes Stresemann. Wie dieser starb er an einem Wendepunkte der von ihm vertretenen Politik. Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen, das die Existenz der deutschen Minderheit vor allem in Posen und Pommerellen sichern sollte, hat er noch unter Dach und Fach gebracht. Aber sein weiteres Ziel, der deutsch-polnische Handelsvertrag, blieb ratifiziert. Die friedliche Auseinandersetzung mit Polen, der Schutz der deutschen Minderheit von der Ostsee bis zur tschechischen Grenze, erscheinen gefährdeter denn je. Seine letzte amtliche Tat war ein scharfer Protest in Warschau bei seinem langjährigen Kontrahenten Zaleski gegen die unerhörte Terrorpolitik, mit der Polen die Locarno-Ziele Westeuropas zu sabotieren sucht. Er, dessen Name bereits mehrfach für den Posten des deutschen Außenministers genannt worden war, sah sich einem Trümmerfeld gegenüber. Die Bewegung in der Heimat gegen ihn wuchs. Die innere Erregung über die Zuspitzung der politischen Lage, über die rücksichtslose Polemik der Gegner mag dem Kranken, genau wie Stresemann, den Rest gegeben haben.

Ulrich Rauscher, am 26. Juni 1884 in Stuttgart geboren, ist über den Journalismus in die Politik gekommen. Der Heidelberger Korpsstudent wurde Feuilletonist der „Frankfurter Zeitung". Er schrieb Gedichte, Dramen und Romane, verfertigte Uebersetzungen aus dem Französischen. Als Mitarbeiter des Presse-Verlags Dr. Rudolf Dammert kam er nach Berlin. Hier knüpften sich die ersten Fäden zur Sozialdemokratischen Partei, der er politisch bis zu seinem Lebensende nahestand. Während des Krieges war er im Kriegs-Presseamt und danach am Generalgouvernement in Brüssel tätig. Bei der Revolution bekannte er sich als einer der ersten Journalisten zum neuen Regime. Er wurde Pressechef bei der Reichskanzlei und journalistischer Mitberater des ersten Reichspräsidenten. Die Zusammenfassung der verschiedenen Nachrichtenstellen der Ministerien in eine einzige große Presse-Abteilung ist sein Werk. In einem Artikel auf den scheidenden Ministerialdir. Dr. Hammann hat er entscheidende Formulierungen für die Aufgaben eines Leiters der Presse-Abteilung gefunden. „Er muß," erklärte er damals, „der ehrliche Makler zwischen beamteten Politikern und publizistischen Politikern, Vermittler und Uebermittler der weltpolitischen Anschauung sein, die ein Ziel und viele Wege, viele Auffassungen und einen Gegner, das Ausland, haben." Vorbedingung für diesen Posten sind „politische Durchbildung, Menschen- und Personalkenntnis, Beherrschung der amtlichen Mechanerie, leichte und sichere Hand, diplomatische Gewandtheit nach beiden Seiten, Vorurteilslosigkeit, verbunden mit Wahrung der bevorrechteten Stellung, ein gutes Ohr für echte Strömungen, wie für Mätsch. Nichts darf ausgesperrt werden, alles ist zu verarbeiten und auf seinen Wert zu prüfen, das Amtliche mit dem Nichtamtlichen zusammenzuhalten und der Wunsch der Behörde mit Gesinnung und Richtung der Oeffentlichkeit in Einklang zu bringen."

Diesem Selbstporträt Rauschers ist kaum etwas hinzuzufügen. Er hat, auch während seiner diplomatischen Karriere, nach der hier gegebenen Charakteristik gehandelt. Sein „Sturz" erfolgte auf Grund einer etwas zu rücksichtslosen Aktivität während des Kapp-Putsches. Er gab damals jenen Aufruf mit den Unterschriften des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers heraus, der zum Generalstreik aufforderte, aber von seinen Vorgesetzten nicht gedeckt wurde. Trotz der eingetretenen Verstimmung sollte er Gesandter in Athen werden, aber man schickte ihn weiter fort als Gesandten in die sozialistische Kaukasus-Republik Georgien. Erst im Januar 1922 kam er als Gesandter in die griechische Hauptstadt. Stresemann war es dann, der sich seiner sehr bald annahm und ihn als Gesandten auf den wichtigen Posten nach Warschau schickte. Auch während seiner Warschauer Tätigkeit nahm Ulrich Rauscher am diplomatischen und geistigen Leben der Heimat regsten Anteil. Er war sehr oft, seine Gegner behaupten sogar, zu oft in Berlin. Bei allen wichtigen Entscheidungen im Westen tönte seine Stimme aus dem Osten maßgebend mit. Aber auch seine journalistischen Interessen gab er niemals auf. Er schrieb zwar keine Romane mehr, aber er gehörte doch dem Vorstand des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller an und hat für ihn, wie wenige andere, aktive Arbeit geleistet.

Während die Leiche des Verstorbenen in der Schweiz aufgebahrt liegt, und die äußeren Bekundungen der Trauer sich an seinem Sarge häufen werden, wird bei der Regierung und den Parteien die Nachfolgerschaft des Verstorbenen besprochen werden. Gerade vor der großen Minderheiten-Debatte in Genf wiegt sein Verlust besonders schwer. Der grundsätzliche Kampf um das deutsche Verhältnis zu Polen wird in diesen Tagen stärker denn je entbrennen. Möglich, daß sich das Auswärtige Amt entschließt, die Ernennung eines Nachfolgers bis auf weiteres hinauszuschieben, sicher, daß von der Opposition der deutschen Rechten die Forderung erhoben wird, den verwaisten Posten überhaupt nicht mehr zu besetzen. Der deutsche Außenminister wird es unter diesen Umständen mit seiner Entscheidung schwer genug haben. Der Tod Rauschers ist nicht nur von außenpolitischer, sondern auch zugleich von schwerwiegender innerpolitischer Bedeutung.

Sieben Stimmen Mehrheit für Kabinett Steeg.

Paris, 19. Dezember.

In der Kammer blieb bei der Abstimmung über den ersten Teil der von der Radikalen Linken eingebrachten Tagesordnung, in dem der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, die Regierung Steeg mit 291 Stimmen gegen 284 Stimmen in der Mehrheit. Die neue Regierung steht also mit ihren sieben Stimmen Mehrheit auf sehr schwachen Füßen.

•

Die Regierungserklärung des Kabinetts Steeg

)(Paris. Die **Regierungserklärung**, die Ministerpräsident Steeg gestern nachmittag in der Kammer und Justizminister Chéron gleichzeitig im Senat verlasen, enthielt folgende **besonders bemerkenswerte Ausführungen:**

Sie wissen, unter welchen Umständen das Kabinett, das sich Ihnen vorstellt, entstanden ist. Die Krise dauerte eine Woche lang. Zwischenfälle über Zwischenfälle traten ein, die politischen Leidenschaften stießen häufig aufeinander. Im Interesse der Republikaner und des Landes war es notwendig, diesen Agitationen ein Ende zu bereiten. Um diese Pflicht zu erfüllen, steht das neue Kabinett vor Ihnen. Wir sind überzeugt, daß in schwierigen Stunden das Heilmittel im normalen Funktionieren des parlamentarischen Regimes liegt. **Wir haben den Willen, den Fortschritt und die Verteidigung der Demokratie durch Arbeit und im Frieden zu gewährleisten.** Dieser Frieden fordert vor allem eine unmittelbare moralische Sanierung. Man muß im vollen Tageslicht und unter Achtung des Grundsatzes der Trennung der Gewalten dafür sorgen, daß das Parlament allein durch die Wahrheit von allen Versuchen systematischer und verleumderischer Verallgemeinerung befreit wird. Die traditionelle Rechtschaffenheit Frankreichs hat sich im besonderen dann gezeigt, wenn die Tätigkeit des Staates zur Debatte stand. Das Land wendet sich gegen die Einmischung der Finanz in die Politik, denn dadurch würden die Unabhängigkeit des Staates, die Würde der Diener des Staates und das Prestige der Vertreter der Nation beeinträchtigt. Die Regierung wird ohne Zaudern und nur in der Sorge um die unparteiische Gerechtigkeit eingreifen.

Die Erinnerung an den tragischen Weltkonflikt lebt noch schmerzlich unter uns. Sie diktiert uns gegenüber den ehemaligen Frontkämpfern und den Kriegsopfern Pflichten, die wir nicht verabsäumen werden. **Der außenpolitische Friede entspricht den heißen Wünschen aller Franzosen.** Aber alle wissen auch, daß es nicht genügt, den Frieden zu wünschen, damit er endgültig Einlaß findet. Interessen und Vorurteile bringen die Völker noch immer im Gegensatz zueinander. **Eine organische internationale Aktion auf wirtschaftlichem und moralischem Gebiet, eine gemeinsame gleichzeitige Bemühung im Sinne von Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung können allein eines Tages alle Rachegelüste und Mißverständnisse beseitigen. Diese Politik europäischer Aussöhnung verfolgen wir nachdrücklich und mit Wachsamkeit, nicht aus Furcht oder Schwäche, sondern weil sie in ihrem menschlichen Idealismus die realistischste aller Arten von Politik ist.** Die Friedensaufrichtigkeit Frankreichs erscheint umso deutlicher, als Frankreich den anderen Ländern eine verläßliche, nicht aber eine schwächliche Hand hinstreckt.

Der Landesverteidigung gilt unsere ernste Sorge. Wir werden die loyale Anwendung der einjährigen Dienstzeit unter voller Ausnutzung dieses Systems sicherstellen. Eine Wirtschaftskrise, die mehr durch die Sachlage, als durch das Verhalten einzelner Männer begründet ist, hat Hoffnungen zerstört, die einstmals noch gerechtfertigt erschienen. **Frankreich, dem die Depression lange erspart war, verspürt seit einigen Monaten ihre Wirkungen.** Diese Krisis verlangt ein umso **energischeres Aufraffen, als sie mit einer Steigerung aller Preise und der Lebenshaltungskosten zusammenfällt.** Auf diesem Gebiete stehen zahlreiche verwickelte Probleme auf der Tagesordnung, denen unsere Aufmerksamkeit gilt. An den Versuchen zu einer gemeinschaftlichen Lösung der Weltwirtschaftsprobleme, die in Genf unternommen werden, werden wir aktiv teilnehmen. Wir werden so handeln, daß wir den Weltmarkt kräftigen, ohne der französischen Produktion die Auslandsmärkte zu verschließen. Die Regierungserklärung widmet alsdann der Industrie, dem Handwerk, den Landarbeitern, der Landwirtschaft und dem Weinbau ermutigende Worte und betont, daß das neue Kabinett vor allem auch die Aufwertung und Förderung der Kolonien sowie die Besserung der materiellen und moralischen Lebensbedingungen der kolonialen Bevölkerung sich zu Aufgabe mache.

Weiter erklärt die Regierung, sie werde die Sparer, die jetzt durch die Zusammenbrüche der letzten Zeit enttäuscht und beunruhigt seien, durch eine entsprechende Gesetzgebung vor mißbräuchlichen Spekulationsmanövern schützen. Vor allem sei ein festes Budgetgleichgewicht vonnöten. Frankreich stehe nicht mehr in der Periode der reichlichen Mehreinnahmen. Allerdings sei der Kredit Frankreichs immer noch erstklassig, aber nur mit dem festen Willen zu schärfster Sparsamkeit könne Frankreich auch die Finanzsicherheit aufrechterhalten, auf der dieser Kredit beruhe. Erste Pflicht also sei es, die rechtzeitige Verabschiedung des Budgets zu erreichen. Nach Erwähnung der sozialpolitischen Probleme heißt es weiter: Dabei soll auch der Volkserziehung gedacht sein. Der laizistische Staat ist nicht eine Kampforganisation, er unternimmt nichts gegen das Gewissen des einzelnen, aber er hat im Austausch dafür das Recht zu verlangen, daß man seine Rechte in dieser Hinsicht nicht bekämpfe. Wir wollen das Werk der Republik fortsetzen und dafür sorgen, daß die Kinder des Volkes, so niedriger Herkunft sie auch sein mögen, sich zur Elite emporarbeiten können, wenn sie die Intelligenz und Energie besitzen.

Die Regierungserklärung schließt: Internationaler Friede in Sicherheit und in Achtung der Verträge, Freiheit für alle unter Wahrung der öffentlichen Ordnung, finanzielle Wachsamkeit und Sauberkeit, Entspannung der Geister, Aussöhnung aller demokratisch Gesinnten unter Wahrung aller republikanischen Gesetze und freudige, vertrauensvolle Wiederaufnahme der in ihren Bemühungen geschützten nationalen Arbeit, das ist unsere Aufgabe, bei der wir Ihre Unterstützung erbitten.

Diese Erklärung ist auf die Kammer in ihrer großen Mehrheit ohne jeden Eindruck geblieben. Ministerpräsident Steeg forderte die Abgeordneten auf, sofort in die Generalaussprache einzutreten, worauf der Kommunist Cachin als Erster das Wort ergriff, um eine seiner üblichen Reden gegen den Kapitalismus und die Bourgeoisie zu halten.

•

Rücktritt des französischen Pensionsministers und zweier Unterstaatssekretäre.

* Paris. Wie verlautet, ist der **Rücktritt des Pensionsministers Thommyre und der beiden Unterstaatssekretäre Coty und Contu bereits erfolgt.** Diese drei Mitglieder des Kabinetts haben im Laufe des Donnerstagnachmittag dem Ministerpräsidenten wissen lassen, daß es ihnen nicht möglich sei, länger in der Regierung zu bleiben.

Der Eindruck in Warschau.

)(Warschau. Das Hinscheiden des langjährigen deutschen Gesandten Ulrich Rauscher hat in der hiesigen deutschen Kolonie **tiefe Bewegung und Teilnahme hervorgerufen**, doch auch in polnischen Kreisen wird der Tod des sehr geschätzten Gesandten allgemein bedauert. Kurz nach dem Bekanntwerden der Todesnachricht erschien der Chef des Protokolls im polnischen Außenministerium, Graf Romer, in der deutschen Gesandtschaft, um dem deutschen Geschäftsträger, Herrn v. Eintelen, im Namen der polnischen Regierung ihr Beileid auszusprechen. Weiter kondolierten noch im Namen der Westabteilung des polnischen Außenministeriums, der Referent Herr Lechnicki. Auch der französische und der englische Botschafter, sowie zahlreiche Gesandten fuhren zur Botschaft, um dort persönlich zu kondolieren.

SLUB Wir führen Wissen.